

27
77

Union in Deutschland

Bonn, den 14. Juli 1977

LIEBE FREUNDE,

in den letzten Monaten wurde in der CDU und in der gesamten Union lebhaft diskutiert, auf welche Weise die Union ihr politisches Ziel, eine bessere Politik durchzusetzen, erreichen kann. Diese Diskussion war angesichts unseres großen Wahlerfolges vom 3. Oktober 1976, wo wir die absolute Mehrheit nur knapp verfehlten, natürlich und verständlich. Aber offene Meinungsbildung nützt nur, wenn sie ihren Abschluß in einer gemeinsamen Marschroute findet. Dieser Punkt ist jetzt erreicht.

Wir wollen so bald wie möglich die politische Verantwortung übernehmen. Ich habe große Zweifel, ob die brüchige Koalition zwischen SPD und FDP bis 1980 hält. Sollten die beiden Koalitionsparteien dennoch bis zum bitteren Ende wie Pech und Schwefel aneinanderkleben, werden die Wähler dieser Koalition 1980 mit Sicherheit die notwendige Quittung geben. Wir sind also, und dies ist die Strategie, im Interesse der Bürger zur Regierungsübernahme jederzeit bereit und zugleich rüsten wir uns für den Wahlkampf 1980.

Wir werden auch künftig nicht tatenlos zusehen, wie die Regierungskoalition aus SPD und FDP eine liberale und soziale Position nach der anderen abräumt: in der Rentenpolitik, in der Gesundheitspolitik, in der Wirtschaftspolitik, in der Radikalen-Frage oder in der Schul- und Hochschulpolitik.

Weiter auf Seite 2

■ INNERE SICHERHEIT

Der Deutsche Gewerkschaftsbund macht Front gegen Verfassungsfeinde.

Seite 4

■ BUNDESFINANZEN

Die Union fordert Finanzminister Apel auf, einen Nachtragshaushalt vorzulegen.

Seite 5

■ ARBEITSMARKT

Die Lage der Frauen muß verbessert werden. 50 Prozent der Arbeitslosen sind Frauen und Mädchen.

Seite 6

■ MITTELSTAND

In Bonn hat die Union einen neuen Entwurf des Mittelstandsförderungsgesetzes vorgelegt.

Seite 7

■ VERFASSUNGSSCHUTZ

Die linksextremistischen Kräfte sind in der Bundesrepublik weiter auf dem Vormarsch.

Seite 12

■ PARTEIARBEIT

Anregungen für CDU-Aktionen in der Ferienzeit.

Seite 15

■ DOKUMENTATION

Die grundsätzlichen Unterschiede zwischen CDU und SPD. Vergleich Grundsatzprogramm (Entwurf) und Orientierungsrahmen.

Grüner Teil

(Fortsetzung von Seite 1)

Außerdem wird immer deutlicher: die Minister der SPD und FDP haben zwar die Ämter, aber immer weniger die Mehrheit in ihren Parteien. Diese Regierung verliert Stück für Stück den Rückhalt in ihren Parteien, das Vertrauen der Bürger und damit die moralische Basis ihrer Legitimation. Der Leitgedanke „Freiheit statt Sozialismus“ bestimmt unsere Auseinandersetzung mit der Regierungskoalition. Die Gründe sind für jedermann erkennbar:

Die Volksfrontbündnisse zwischen Sozialdemokraten und Kommunisten an deutschen Hochschulen, die ideologische Zerrissenheit der SPD, die Schulpolitik von SPD und FDP in Nordrhein-Westfalen, Hessen und in den Stadtstaaten, Radikale im öffentlichen Dienst, die Einengung der Freiheit des Bürgers durch Ausweitung der Bürokratien und steigende konfiskatorische Belastung durch Steuern und Abgaben.

Der Düsseldorf Parteitag hat uns den Auftrag gegeben, diesen Leitgedanken in zentralen Bereichen zu verdeutlichen. Dies verpflichtet uns zu einer positiven Alternative, die den Bürger vertrauen läßt, daß wir seine Freiheit tatsächlich gewährleisten. Die Freiheit des Bürgers erfordert heute z. B.: Arbeitsmöglichkeit und soziale Sicherung, Belastungsstopp und Förderung sicherer selbständiger Existenzen, Honorierung von Leistung und Abbau von Privilegien, Transparenz und Bürgernähe statt Verfilzung und Korruption, wirtschaftliche und soziale Unabhängigkeit der Frauen durch Erziehungsgeld und Partnerrente, Anerkennung der Menschenrechte als Voraussetzung für die Entspannung, äußere Sicherheit durch entschlossene Veteidigungsbereitschaft.

Mit freundlichen Grüßen

Ihr

Heiner Geißler

Dr. Heiner Geißler

■ INFORMATION

„Scheinheilige“ Afrika-Politik

„Bahrs unverhülltes Eintreten für militärische Aktionen der radikalen Befreiungsbewegungen im südlichen Afrika ist der Höhepunkt einer Kampagne, die die SPD seit etwa einem Jahr zugunsten kriegsrischer Lösungen dort be-

treibt.“ Dies erklärte der entwicklungspolitische Sprecher der Union im Deutschen Bundestag, Jürgen Todenhöfer zu einem im „Deutschen Allgemeinen Sonntagsblatt“ erschienenen Interview mit SPD-Bundesgeschäftsführer Egon Bahr. Die SPD gehe damit in Afrika „den Weg des Blutes“, meinte Todenhöfer. Es werfe ein deutliches Licht auf

die völlige moralische Begriffsverwirrung innerhalb der SPD, daß sie dies auch noch als Friedenspolitik zu bezeichnen pflege. Todenhöfer nennt es „scheinheilig“, wenn die SPD sich unter Führung Bahrs in der Bundesrepublik formal von den Kommunisten abgrenze, zugleich aber in Afrika Militäraktionen kommunistischer Gruppen durch humanitäre Hilfe unterstütze.

Wissenschaftler für Kernenergie

58 deutsche Wirtschaftswissenschaftler haben sich in einem Memorandum für den Aufbau von Atomreaktoren ausgesprochen. Die Unterschriftenlisten enthalten so bekannte Namen wie Wilhelm Krelle von der Universität Bonn oder Erwin Scheuch von der Universität Köln. In dem Memorandum heißt es u. a.: Der Staat hat die Aufgabe, für die Lebensmöglichkeiten seiner Bürger langfristig vorzusorgen. Dazu gehört auch die Sicherstellung der Energieversorgung. ... Alle Industrienationen, auch die der kommunistischen Welt, haben sich dafür entschieden, Kernenergie in steigendem Maße einzusetzen. In der Bundesrepublik ist es hingegen faktisch zu einem Kernenergie-Moratorium gekommen. ... Energiepolitische Entscheidungen müssen dort getroffen werden, wo sie in einer demokratischen Gesellschaft hingehören: im Parlament und in der Regierung. Sie dürfen nicht von lautstarken Minderheiten usurpiert werden.

„Ruhendes Mandat“ verfassungswidrig

Das von der FDP im Hessischen Landtag seit 1975 praktizierte „ruhende Mandat“ ist mit der Verfassung des Landes Hessen unvereinbar. Diese Entschei-

dung verkündete der Wiesbadener Staatsgerichtshof in einem Normenkontrollverfahren, das die CDU angestrengt hatte und dem auch der Landesanwalt als öffentlicher Kläger beim Staatsgerichtshof beigetreten war.

Schon vor der Urteilsverkündung hatte FDP-Minister Karry Konsequenzen aus der parteipolitischen Brisanz des Urteils gezogen. Er teilte seiner Fraktion mit, daß er sich „nach reiflicher Überlegung“ zum endgültigen Verzicht auf sein Abgeordnetenmandat durchgerungen habe.

30 000 DM für Traube

Mit der Zahlung von 30 000 DM des Bundesinnenministeriums an den Atom-Experten Klaus Traube wird sich der Bundestag befassen. CSU-MdB Erich Riedl brachte eine parlamentarische Anfrage ein, in der er Auskunft darüber verlangt, aufgrund welcher gesetzlicher Bestimmungen die Bundesregierung sich verpflichtet gesehen habe, Traube das Geld zu zahlen. Traube war zeitweise öffentlich der Kontakte zu Terroristen verdächtigt worden. Die 30 000 DM erhielt Traube als Ausgleich für Anwalts- und Telefonkosten.

Hilfeleistungen bei Unglücksfällen

Der Bundestagsabgeordnete Horst Schröder (Lüneburg) hat die Bundesregierung aufgefordert, mit der DDR ein Abkommen über Hilfeleistungen bei Unglücksfällen in Grenzgewässern abzuschließen. Schröder bezieht sich auf einen Unglücksfall, bei dem vor zwei Wochen ein achtjähriger Schüler in der Elbe ertrank. Eine Regelung sollte nach Ansicht des Abgeordneten unabhängig von der Frage gefunden werden, ob ein Grenzgewässer in voller Breite zur einen oder anderen Seite gehört.

■ SICHERHEIT

Der DGB macht Front gegen Verfassungsfeinde

Der Bundesausschuß des Deutschen Gewerkschaftsbundes — das höchste Gremium des DGB zwischen den Bundeskongressen — hat auf seiner letzten Sitzung im Juni einstimmig Grundsätze zur Fernhaltung von Verfassungsfeinden aus dem öffentlichen Dienst beschlossen. Gleich in der ersten These stellt der DGB noch einmal klar, daß nach den Bestimmungen des Beamtenrechts und den Tarifverträgen Angehörige des öffentlichen Dienstes jederzeit für die freiheitliche demokratische Grundordnung im Sinne des Grundgesetzes einzutreten haben.

Dazu stellt Karl-Heinz Bilke, Bundesgeschäftsführer der CDU fest: Damit erklärt der DGB all denen auch aus den eigenen Reihen eine Absage, die diese eindeutige Aussage des Grundgesetzes und der Beamtengesetze aushöhlen wollen.

In der Begründung zu den Thesen hebt der DGB hervor, daß bereits der Gründungskongreß des DGB 1949 die Forderung nach einem der freiheitlichen demokratischen Grundordnung verpflichteten Beamtenverhältnis erhoben hat. Insbesondere aus der Erfahrung der freien Gewerkschaftsbewegung mit dem Nazi-Regime hat der DGB diese grundlegende Voraussetzung für den öffentlichen Dienst verlangt. Die Weimarer Republik sei nicht zuletzt an ihrer Toleranz gegenüber den Feinden der Demokratie zugrunde gegangen.

Unzweideutig stellt der DGB fest, wer aufgrund der Feststellung einer auf die tragenden Grundsätze unserer Verfassung gerichteten aktiven Betätigung nicht in den öffentlichen Dienst eingestellt wird, unterliegt weder einer Diskriminierung noch gar einem „Berufsverbot“. Zu begrüßen ist auch die Erklärung des DGB, daß ein solches Feststellungsverfahren sich in Übereinstimmung mit dem Übereinkommen 111 der Internationalen Arbeitskonferenz über Diskriminierung in Beschäftigung und Beruf vom 15. Juni 1960 befindet.

Gewerkschaften, die dennoch bei der sog. „Antiberufsverbotskampagne“ mitmachen, verstoßen somit gegen gewerkschaftliche Grundsätze.

Mit dem Hinweis auf das Übereinkommen 111 der Internationalen Arbeiterkonferenz begegnet der DGB auch dem im benachbarten westlichen Ausland erhobenen Vorwurf, in der Bundesrepublik Deutschland würden demokratische Grundfreiheiten abgebaut. Diesen Vorwürfen hält der DGB weiter entgegen, daß ein rechtsstaatliches überprüfbares Verfahren einer verdeckten Persönlichkeitsausforschung — wie es in vielen westlichen Staaten praktiziert wird — vorzuziehen ist. Ein solches Verfahren verhindert die verdeckte Ausschliefung von bestimmten Berufen — ohne die Gelegenheit, dagegen rechtsstaatliche Mittel anzuwenden — ebenso wie eine in totalitären Staaten übliche Berufsverbotspraxis.

Mit seiner erneuten klaren Absage an Verfassungsfeinde hat der DGB ein Signal gesetzt. SPD und FDP sollten sich nicht weiter von ihren linken Flügel unter Druck setzen lassen. Die CDU ist immer bereit gewesen, bei der Verteidigung unserer freiheitlich-demokratischen Grundordnung mit allen demokratischen Kräften in unserem Lande zusammenzuarbeiten.

■ BUNDESFINANZEN

Nach verlorener Schlacht Nachtragshaushalt erforderlich

Die CDU/CSU hat Bundesfinanzminister Hans Apel aufgefordert, so schnell wie möglich einen Nachtragshaushalt für das laufende Jahr vorzulegen. Dazu stellt der Vorsitzende des Haushaltsausschusses des Bundestages, Albert Leicht, fest:

Der Bundesfinanzminister hat eine Schlacht verloren. Er war es, der entgegen allen gutgemeinten Warnungen die Mehrwertsteuererhöhung als Mittel zur Sanierung der Bundesfinanzen propagierte. Mehrfach mußte er zurückstecken. Sein Plan, die Mehrwertsteuer zuerst zum 1. 1. 1977 und dann zum 1. 7. 1977 um 2 Prozent zu erhöhen, scheiterte schon im ersten Anlauf an dem harten Widerstand der von der Union geführten Länder. Seine Hoffnung, durch steuerliche Entlastungen auf anderen Gebieten eine Mehrwertsteuererhöhung wenigstens um einen Punkt zugunsten des Bundes zu erkaufen, mußte er bei der Ministerpräsidentenrunde ebenfalls begraben. Der Bund muß nunmehr, rechnet man die Zugeständnisse an die Länder für 1977 und 1978 zusammen, mehr herausrücken, als durch die Mehrwertsteuererhöhung für ihn hereinkommt.

Minister Apel wollte die Mehrwertsteuererhöhung aus fiskalischen Gründen; aber gerade aus fiskalischen Gründen hätte er besser daran getan, der aus grundsätzlichen Erwägungen von der Opposition im Bundestag vertretenen Forderung nach einem Verzicht auf

die Mehrwertsteuererhöhung rechtzeitig zu entsprechen, wie die Entwicklung jetzt eindeutig beweist.

Nunmehr geht es für ihn darum, verlorenes Terrain wiederzugewinnen, beileibe nicht mit dem Ziel einer erneuten Steuererhöhung, sondern mit dem Ziel erhöhter Einsparungen zur Herabsetzung der Neuverschuldung.

Es ist nur zu hoffen, daß der Finanzminister sein angeschlagenes Prestige innerhalb der Regierung bald wieder zurückgewinnt, daß er die Kraft zur Durchsetzung der notwendigen Kürzungen findet und — das ist die Voraussetzung für Sanierungsmaßnahmen — dazu wieder auf die Unterstützung des Kanzlers rechnen kann.

Erste notwendige Konsequenz aus der Entscheidung über den Umsatzsteueranteil von Bund und Ländern ist die baldige Vorlage eines Nachtrags zu dem vom Bundestag verabschiedeten, aber noch nicht verkündeten Haushaltsplan 1977. Das ist unvermeidbar. Der Haushaltsplan in der jetzigen Form ist nicht in Einnahmen und Ausgaben ausgeglichen, wie es das Verfassungsgebot des Artikels 110 des Grundgesetzes vorschreibt; er enthält 1,5 Mrd. DM mehr an Umsatzsteuereinnahmen als der Finanzminister aus heutiger Sicht erzielen wird. Der notwendige Ausgleich darf nicht in höheren Schulden zur Finanzierung laufender Ausgaben gesucht werden. Die Grenze dieser Verschuldung ist längst erreicht, m. E. überschritten.

■ ARBEITSMARKT

Lage der Frauen muß dringend verbessert werden

Auch die neuesten Arbeitslosenzahlen verdeutlichen die Tatsache, daß die Lage der Frauen auf dem Arbeitsmarkt nach wie vor äußerst prekär ist, erklärte die Bundesvorsitzende der Bundesfrauenvereinigung, Helga Wex. Von der anhaltenden Massenarbeitslosigkeit sind die Frauen überproportional betroffen. Obwohl sie nur etwas mehr als ein Drittel der Berufstätigen stellen, beträgt der Anteil der Frauen an der Arbeitslosigkeit mehr als 50 Prozent.

Auf Grund der Ergebnisse eines Hearings, das die Bundesfrauenvereinigung der CDU und die weiblichen Abgeordneten der CDU/CSU-Bundestagsfraktion am 1. Juli 1977 in Bonn veranstalteten, wird gefordert:

Es kann nicht hingenommen werden, daß von der Gesellschaft schlechte Ausbildungschancen für Mädchen eher akzeptiert werden als für Jungen. Die vorhandenen Ausbildungsmöglichkeiten müssen von den Mädchen voll ausgeschöpft werden. Um dies zu erleichtern, ist die Berufsberatung als Vorbereitung auf das Berufsleben in den letzten Schulklassen auszubauen.

Die Möglichkeiten des Berufswahlunterrichts sind zu prüfen. In den Schulen sollte aber mit der Vermittlung von Informationen über die Berufs- und Arbeitswelt frühzeitig begonnen werden. Gleichzeitig sollte man der Konzentra-

tion der Mädchen auf nur wenige Berufsbereiche durch differenzierte Formen der Berufsberatung entgegenwirken.

Das Vorurteil der Gesellschaft, die Arbeitslosigkeit sei für Frauen weniger schlimm als für Männer, muß abgebaut werden. Vornehmlich ist der Tendenz entgegenzuwirken, Frauen unabhängig von ihrem Familienstand — vor den Männern zu entlassen. Es wäre erfreulich, wenn schon bei der Veröffentlichung von Stellenanzeigen in Zeitungen und Zeitschriften eine Unterscheidung von männlichen und weiblichen Bewerbern unterbliebe, um so eine ungerechtfertigte Vorauswahl zu vermeiden.

Die Zahl der „Frauenberufe“ schrumpft und reicht in Zukunft zur Deckung der Nachfrage nicht mehr aus. Deshalb müssen Frauen verstärkt in qualifizierten, auch gewerblich technischen Berufen mit großen Zukunftschancen ausgebildet werden.

Das Ausbildungsförderungsgesetz stellt seine Maßnahmen im Bereich der beruflichen Aus- und Fortbildung zu wenig auf die spezifischen Belange der verheirateten Frauen ab. Zur Wiedereingliederung ins Berufsleben werden nur noch Darlehen gewährt. Diese Einschränkung ist rückgängig zu machen.

Das Angebot an Teilzeitarbeitsplätzen ist auszuweiten. Alle Untersuchungen und Befragungen zeigen, daß der Wunsch nach einer Teilzeitarbeit bei der Großzahl der verheirateten Frauen besonders ausgeprägt ist. Diesem Wunsch gilt es Rechnung zu tragen. Um allerdings durch Teilzeitbeschäftigung das Beschäftigungsrisiko für Frauen nicht zu erhöhen, muß der Teilzeitarbeitsplatz die gleiche tarifliche und soziale Ausgestaltung und Absicherung haben wie der Vollzeitarbeitsplatz.

■ MITTELSTANDSPOLITIK

Union legt einen neuen Entwurf des Förderungsgesetzes vor

Die CDU/CSU-Fraktion hat ihr aus der vergangenen Legislaturperiode stammendes Mittelstandsförderungsgesetz mit einigen Änderungen erneut als Gesetzesinitiative im Bundestag eingebracht. Auf den hohen Rang, den die Union der Mittelstandspolitik beimißt, wies Helmut Kohl auf einer Pressekonferenz in Bonn nachdrücklich hin. Für die Union erläuterten den Gesetzentwurf der Vorsitzende des Diskussionskreises Mittelstand Hansheinz Hauser (Krefeld) sowie der Vorsitzende der Mittelstandsvereinigung der CDU/CSU, Gerhard Zeitel. In der gegenwärtigen Lage, die von einer wachsenden Zahl von Konkursen und von anhaltender Arbeitslosigkeit gekennzeichnet ist, kommt der Mittelstandspolitik nach Auffassung der Union eine doppelte Bedeutung zu.

Die Union — so Helmut Kohl — will mit ihrem Bundesmittelstandsförderungsgesetz einen Beitrag dazu leisten, daß künftig der Trend zur Selbstständigkeit nicht ab- sondern wieder zunimmt. Nach den guten Erfahrungen mit den Landesmittelstandsförderungsgesetzen in vier Bundesländern soll erreicht werden, daß auch im Bund die Mittelstandspolitik wieder zu einem Schwerpunkt der Wirtschaftspolitik und damit zur staatlichen Aufgabe von Dauer wird.

Bereits in der zurückliegenden Legisla-

turperiode hatte die Unionsfraktion einen vergleichbaren Gesetzentwurf vorgelegt, der jedoch nicht mehr zu Ende beraten werden konnte. Ein Hearing im Wirtschaftsausschuß des Bundestages am Ende der 7. Legislaturperiode hatte jedoch eine breite Zustimmung der Verbände der Wirtschaft gebracht, verbunden mit einigen Hinweisen und Anregungen, die bei der Neufassung des Gesetzentwurfes berücksichtigt werden konnten. So unterscheidet sich der nun vorliegende Gesetzentwurf der 8. Legislaturperiode von dem Entwurf der 7. Legislaturperiode in einigen Punkten, und zwar:

1. Neben der Förderung der Arbeitsplätze in der mittelständischen Wirtschaft zielt der Gesetzentwurf bewußt auch auf eine stärkere Förderung der Ausbildungsplätze in der mittelständischen Wirtschaft. Der Anteil der Ausbildungsplätze in der mittelständischen Wirtschaft geht schon heute weit über das Maß ihres Anteils an der Gesamtzahl der Beschäftigten hinaus.
2. Die Zahl der Abschnitte des Gesetzentwurfes erhöhte sich auf sechs, da für die Maßnahmen zur Verbesserung der Beteiligung der mittelständischen Wirtschaft bei öffentlichen Aufträgen ein eigener Abschnitt eingefügt wurde. Dieser beschäftigt sich speziell mit der Schaffung mittelstandsgerechter Vergabepraktiken.
3. Neu ist weiterhin das sogenannte Privatisierungsangebot in § 19, durch

das die öffentliche Hand gezwungen werden soll, solche wirtschaftliche Leistungen, die von privaten Unternehmen zweckmäßig, ordnungsgemäß und kostengünstig ausgeführt werden können, soweit wie möglich an solche zu vergeben.

4. Weiterentwickelt wurden auch die Bestimmungen für Rückbürgschaften in § 21. So sollen den Kreditgarantiegemeinschaften zur Stärkung ihrer Haftungsfonds Kredite aus Mitteln des ERP-Sondervermögens gewährt werden.

5. Weitere Verbesserungen wurden speziell bei den Maßnahmen zur Förderung der Kooperation sowie der wirtschaftsnahen Forschung vorgenommen.

Die im Bundesmittelstandsförderungsgesetz verankerte Konzeption von Zielen und zieladäquaten Instrumenten der Mittelstandspolitik fügt sich reibungslos in den Rahmen der marktwirtschaftlichen Ordnung ein. Sie beachtet insbesondere die Grenzen, die durch das Verfassungsrecht gesetzt sind. Auch die sich aus den ordnungspolitischen Prinzipien unserer Wirtschaftsverfassung ergebenden Grenzen werden dadurch beachtet, daß zur Erhaltung und Förderung kleiner und mittlerer Unternehmen keine Maßnahmen vorgesehen werden, die zu einer Ausschaltung oder auch nur zu einer Minderung des Wettbewerbes führen würden.

Kleine und mittlere Unternehmen sind zwar von Natur aus leistungsfähig, unterliegen aber verschiedenen größen-spezifischen Nachteilen, die ihre Wettbewerbsfähigkeit gegenüber Großunternehmen erheblich beeinträchtigen und damit auch ihren Bestand und ihre Entfaltung gefährden. Kleine und mittlere Unternehmen sind von den Stabilisierungsmaßnahmen, insbesondere von

den Geld- und Kreditrestriktionen, überproportional stark betroffen.

Im Gegensatz zur Auffassung der Bundesregierung ist die Eigenkapitalquote der kleinen und mittleren Unternehmen wesentlich schmäler als bei Großunternehmen und insgesamt völlig unzureichend. Diese Nachteile mittelständischer Unternehmen müssen durch die im Gesetz vorgesehene umfassende Konzeption gelöst werden.

Die Begründung zu dem Gesetzentwurf zeigt in einem 15-Punkte-Katalog auf, in welcher Weise dieser Nachteilsausgleich prinzipiell und auch über den Rahmen des Mittelstandsförderungsgesetzes hinaus zu erfolgen hat. Ziel des Bundesmittelstandsförderungsgesetzes als eines Rahmengesetzes dagegen ist es, die Wettbewerbsfähigkeit dieser Unternehmen gegenüber den Großunternehmen prinzipiell zu stärken mit dem Ziel der Herbeiführung der Chancengleichheit im Wettbewerb.

Es erscheint notwendig, durch ein Bundesgesetz den Rahmen und die Grundsätze für die Förderungsmaßnahmen festzulegen, um dieser wirtschaftspolitischen Zielsetzung wirksam Ausdruck zu geben und auf der Grundlage der Verfassung den Willen zur Erhaltung und Festigung der Sozialen Marktwirtschaft zu dokumentieren.

Ein solcher Rahmen für die als Strukturpolitik verstandene Mittelstandspolitik hat bislang gefehlt. Einzelinitiativen in vielen Bereichen der Mittelstandspolitik, so wichtig und berechtigt sie auch sein mögen, sind jedoch wenig wirkungsvoll, wenn sie nicht eingebettet sind in eine zukunftsorientierte Gesamtkonzeption der Mittelstandspolitik. Diese Gesamtkonzeption ist mit dem Entwurf des Bundesmittelstandsförderungsgesetzes vorgelegt worden.

■ KOALITION

Juso-Ziel bleibt: SPD verändern

„Wir werden Helmut Schmidt nicht zum Sozialisten machen können, aber wir werden die Mehrheit in der SPD verändern“, rief die stellvertretende Juso-Bundesvorsitzende Traute Müller in den Saal der Pädagogischen Hochschule Bielefeld. 600 Teilnehmer einer Solidaritätskundgebung für die vom Parteiausschluß bedrohten Jusos klatschten Beifall zu ihrer Kampfansage.

A nlaß für die Kundgebung war das vom SPD-Bundesvorstand eingeleitete Parteiverfahren gegen den Juso-Vorsitzenden des Bezirks Ostwestfalen, Heinrich Lienker. Nach einer Solidaritätskundgebung für Benneter hatte der SPD-Bezirkschef, der Bundestagsabgeordnete Heinrich Junker, Ordnungsverfahren beantragt, sich damit aber im Bezirksvorstand nicht durchsetzen können. „Hier haben die Jusos mit den Parteilinken eine Mehrheit“, umriß Traute Müller die Lage in diesem Bezirksverband der SPD.

Dazu schreibt die „Welt“:

Wie zur Bestätigung dieser These saß mit am Podiumstisch das SPD-Bezirksvorstandsmitglied Rainer Hofemann, der ebenso wie die beiden Stellvertreter von Junker zum linken Parteiflügel zählt. Mit keinem Wort verwahrte sich Hofemann dagegen, als Professor Arno Klönne (Universität Münster) und die Bundesvorsitzende des Sozialistischen Hochschulbundes, Mechtild Jansen, die Fortsetzung der Zusammenarbeit mit

der DKP forderten. „Marxistisch wird die SPD aus sich selbst heraus nicht“, sagte Klönne, der den Linkskurs im ostwestfälischen SPD-Bezirksverband vor rund drei Jahren selbst mit eingeleitet hatte. „Impulse kann nur die organisierte politische Arbeit von Sozialisten innerhalb und außerhalb der SPD geben, die allerdings unabhängig sein muß von den Zugriffsmöglichkeiten der SPD-Bürokratie“, sagte Klönne. Das Benneter-Wort, die Mitgliedschaft in der SPD sei kein Dogma, wiederholte nun auch Klönne, der selbst der SPD angehört.

Zerreißprobe der Hamburger SPD

Gegen 56 der 62 überwiegend jungsozialistischen Unterzeichner einer Solidaritätserklärung für den ehemaligen Juso-Bundesvorsitzenden Benneter wird der Hamburger SPD-Vorstand Parteiordnungsverfahren mit dem Ziel des Ausschlusses einleiten.

Von den 62 Unterzeichnern, darunter der Hamburger Stamokap-Theoretiker Albers und weitere Mitglieder seiner Juso-Fraktion, hatten sich nach Ansicht des Landesvorstands nur zwei ausreichend von ihren Erklärungen distanziert. Vier weitere Unterzeichner gehören zur schleswig-holsteinischen SPD, der vom Hamburger Vorstand entsprechende Maßnahmen empfohlen wurden. Inzwischen haben 16 prominente Hamburger Sozialdemokraten — Bürgerschaftsabgeordnete und Mitglieder des

Landesvorstandes — scharfe Kritik an den geplanten Sanktionen gegen die 56 Jungsozialisten geübt. In einer Erklärung heißt es, mit der Eskalation von Disziplinierungsmaßnahmen gegen „unbotmäßige Genossen muß Schluß sein“.

Auch rheinische Jusos mit Benneter solidarisch

Ihre Solidarität mit dem ausgeschlossenen Bundesvorsitzenden Klaus-Uwe Benneter haben die Jungsozialisten des Bezirks Mittelrhein bekundet. Auf ihrer Bezirkskonferenz in Köln verabschiedeten sie mit großer Mehrheit — bei drei Gegenstimmen — eine Resolution, in der die „sofortige Rücknahme jeglicher Disziplinierungsmaßnahmen“ gegen Benneter gefordert wird. Ausdrücklich stellte sich die Konferenz hinter zwei Interview-Äußerungen Benneters, die zu seiner Absetzung und zum Ausschuß aus der SPD geführt hatten.

SPD-Bürgermeister gab Parteibuch zurück

Die Sozialdemokraten im Landkreis Fürstenfeldbruck haben sich gespalten. Grund: Der noch amtierende Bürgermeister der Gemeinde Unterpfaffenhofen, Rudolf Bay, hat zusammen mit vier weiteren SPD-Gemeinderäten sein Parteibuch zurückgegeben und wird als parteifreier Bürgermeisterkandidat in den bevorstehenden bayerischen Kommunalwahlkampf gehen. Bay, 17 Jahre lang im Unterpfaffenhofener Gemeinderat und davon 11 Jahre erster Bürgermeister, begründete ebenso wie die übrigen aus der Partei ausgetretenen SPD-Gemeinderäte seinen Schritt mit dem deutlichen Linkstrend der SPD in beiden Kommunen unter dem Einfluß der Jungsozialisten.

Bedenkliche Annäherung

Die Fritz-Erler-Gesellschaft hat die Erklärung mißbilligt, die der SPD-Vorsitzende Willy Brandt in Warschau zu den Menschenrechten abgegeben hat. Brandts Äußerungen stellten eine „unverantwortliche und für den freien Westen unzumutbare Einengung“ der Menschenrechtsdiskussion dar, heißt es in einer Erklärung der Vereinigung gemäßigtter Sozialdemokraten. Sie müßten als „bedenkliche Annäherung an den sowjetischen Standpunkt“ angesehen werden.

Filzokratie auch im Gscheidle-Ministerium?

Zu Berichten über die Vergabe eines Millionen-Werbeauftrages seitens des Bundesverkehrsministeriums an eine neue Bonner Werbeagentur erklärt der verkehrspolitische Sprecher der Bundestagsfraktion Dieter Schulte: Wenn die Berichte zutreffen, dann hat die Serie von Pannen aus dem Hause Gscheidle eine neue Qualität erhalten. Nach krassen Fehlleistungen in der Verkehrspolitik scheint sich Gscheidle jetzt auch in Parteibuchwirtschaft und Filzokratie einen Namen machen zu wollen.

Die CDU/CSU verlangt in diesem Fall schnelle und rückhaltlose Aufklärung. Folgende Fragen wurden deshalb an die Bundesregierung gerichtet: 1. Wie war es möglich, daß die über keine Erfahrung und Praxis verfügende neugegründete Werbeagentur „Bonntakt“ vom Verkehrsminister einen Werbeauftrag in Millionenhöhe erhielt? 2. Wie bewertet es die Bundesregierung, daß der Bundesverkehrsminister von dieser ungewöhnlichen Vergabe eines Millionenauftrages keine Kenntnis gehabt haben soll?

Bremer Treuhand pleite

Die Bremer Treuhand, die zweitgrößte gemeinnützige Wohnungsbaugesellschaft in der Bundesrepublik, hat beim Amtsgericht Bremen Antrag auf Liquidationsvergleich gestellt. Die Wohnungsbaugesellschaft war Anfang 1977 in Finanzschwierigkeiten geraten. Die CDU-Fraktion in der Bremer Bürger-

schaft warf dem Senat der Hansestadt in einer ersten Stellungnahme „fahrlässigen Umgang mit Steuergeldern“ vor. Nach Ansicht der CDU-Fraktion hat der Senat „beträchtlichen Anteil“ an dem „zu erwartenden Millionenverlust in zweistelliger Höhe“, als er 1976 eine Ausnahmeregelung von der Gemeinnützigkeitsverordnung genehmigte.

Kritik an Friderichs wächst

Bundeswirtschaftsminister Hans Friderichs (FDP) hat sich in die Gefahr eines massiven Konflikts mit seiner eigenen Partei begeben. In einem Interview mit dem „Kölnischer Stadtanzeiger“ bekräftigte Friderichs, daß er sich als Mitglied der Bundesregierung nicht an die jüngsten Beschlüsse des FDP-Bundesausschusses zur Energiepolitik gebunden fühlt. Diese Äußerung wird bei Teilen der Freien Demokraten als offene Provokation empfunden.

Friderichs bejahte die Frage, ob er vor der Wahl stehe, als stellvertretender Vorsitzender der FDP sich eine andere Energiepolitik auszudenken oder sich als Wirtschaftsminister über den Saarbrücker Beschluß hinwegzusetzen.

In Kreisen sowohl der Bundestagsfraktion wie in einzelnen Parteigliederungen wird Friderichs nicht zuletzt verübelt, daß er sich auf die Feststellung des Hauptausschusses berufen hat, es gebe in der FDP kein imperatives Mandat, also keine bindende Verpflichtung für Abgeordnete oder Minister, sich an die Beschlüsse der Partei zu halten.

In der Fraktionsführung wird jetzt offenbar befürchtet, daß die Äußerungen von

Friderichs heftige Reaktionen aus der Partei hervorrufen werden. Selbst bei zurückhaltender Beurteilung müsse man feststellen, daß Friderichs den Zeitpunkt und den Ton seiner Äußerungen taktisch nicht klug gewählt habe.

In einem mit großer Mehrheit verabschiedeten Antrag hat der Hamburger FDP-Landesverband die der FDP angehörenden Bundesminister aufgefordert, „sich in der Energiepolitik nicht noch weiter von der Partei zu entfernen und statt der Konfrontation die Zusammenarbeit mit der Parteibasis auf der Grundlage der Saarbrücker Beschlüsse zu suchen“.

Auch Judos gegen den Minister

Die der FDP nahestehenden deutschen Jungdemokraten haben scharfe Kritik an der Beschäftigungspolitik von Bundeswirtschaftsminister Hans Friderichs (FDP) geübt und die Bundesregierung aufgefordert, ein neues beschäftigungspolitisches Konzept vorzulegen. Der stellvertretende Judo-Bundesvorsitzende Storck hat Friderichs vorgeworfen, daß er die Arbeitslosigkeit in der Bundesrepublik seit Jahren bagatellisiere.

■ VERFASSUNGSSCHUTZ

Linke weiter auf dem Vormarsch

Die linksextremistischen Kräfte in der Bundesrepublik Deutschland sind ungebrochen. Sie haben sich auch 1976 unvermindert bemüht, ihre politische Basis in der Bevölkerung zu erweitern, um damit ihrem Ziel, der Beseitigung unserer freiheitlichen demokratischen Grundordnung näher zu kommen.

Nach dem nun endlich vorliegenden Verfassungsschutzbericht für das Jahr 1976 ist die Zahl der Mitglieder linksextremer Organisationen auf 110 000 angewachsen, 1970 waren es noch 65 000.

Die orthodoxen Kommunisten

Der sowjetisch orientierte, auch als orthodox bezeichnete Kommunismus — ihm sind rund 70 000 Mitglieder zuzurechnen — ist bei weitem politisch und organisatorisch die stärkste linksextremistische Formation geblieben. Hauptrepräsentant dieser Richtung ist die DKP (Deutsche Kommunistische Partei) mit 42 453 Mitgliedern. Sie kann als einzige extremistische Gruppe auf massive ideologische und finanzielle Unterstützung der Sowjetunion und ihrer Satelliten, vor allem der SED, zählen.

Die DKP stützte sich auch 1976 in weiten Bereichen ihrer Tätigkeit auf ihre Nebenorganisationen wie z. B. auf den „Marxistischen Studentenbund Spartakus“ (MSB) oder die „Sozialistische Deutsche Arbeiterjugend“, 33 000 Mitglieder stark. Daneben gibt es eine gan-

ze Reihe DKP-beeinflußte Organisationen, die sich aktiv zu einer Zusammenarbeit mit Kommunisten bekennen, wie die „Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes — Bund der Antifaschisten“ (VVN-BdA) mit 10 000 Mitgliedern oder das „Komitee für Frieden, Abrüstung und Zusammenarbeit“ (KFAZ), das von Teilen der Jungsozialisten und Jungdemokraten unterstützt wird.

Die „Neue Linke“

Innerhalb der „Neuen Linken“ mit rund 23 000 Mitgliedern, bestehend aus maoistisch und trotzkistisch orientierten Parteien und Bündnissen, sowie den undogmatischen Gruppen, kam es 1976 zu einer gewissen Belebung. So konnte sich z. B. der „Kommunistische Bund“ bundesweit — das Saarland ausgenommen — etablieren und seine Mitgliedschaft mit 1 500 nahezu verdoppeln. Von den Gruppierungen maoistischer Prägung ist der KBW (Kommunistischer Bund Westdeutschland) weiterhin mit 2 500 Mitgliedern die stärkste und finanzkräftigste Organisation.

Gruppen der „Neuen Linken“ wandten 1976 zunehmend Gewalt zur Durchsetzung ihrer Ziele an. Die Zahl der gewaltsamen Aktionen stieg um knapp ein Fünftel von 381 im Jahr 1975 auf 452. An den meisten Ausschreitungen waren KBW-Anhänger beteiligt.

Die „Neue Linke“ hat mit ihren Aktionen insbesondere jugendliche Schichten in der Bevölkerung zu erreichen

vermocht. Hauptbetätigungsfeld sind die Hochschulen. Hier fanden die undogmatischen Gruppen („Spontis“) zunehmend Anhang durch ihre Versuche, an Zielvorstellungen und Aktionsformen der antiautoritären Protestbewegung der Jahre 1967—1969 anzuknüpfen.

Linksextremisten im öffentlichen Dienst

Auch 1976 ist die Zahl der Linksextremisten im öffentlichen Dienst gestiegen. Gegenüber 559 im März 1972 waren im vergangenen Jahr 1944 Linksextremisten im Bundes-, Landes- und Kommunaldienst sowie bei anderen öffentlich-rechtlichen Körperschaften oder Anstalten tätig. Unter den 1944 sind allein 913 Beamte, davon 32 % im höheren Dienst, 57 % im gehobenen, 9 % im mittleren und 3 % im einfachen Dienst beschäftigt. Zwei Drittel der Linksextremisten im öffentlichen Dienst sind Landesbedienstete, von ihnen rund 70 % im Lehrberuf tätig.

Fazit:

Während der Rechtsextremismus zur Bedeutungslosigkeit herabgesunken ist, haben die Linksextremisten weiter an Gewicht zugenommen. Die Gemeinsamkeit aller Demokraten im Kampf gegen den Rechtsextremismus muß auch im Kampf gegen den Linksextremismus wirksam werden. Die CDU will durchsetzen, daß Kommunisten weder Lehrer unserer Kinder noch Polizeibeamte noch Staatsanwälte oder Richter werden dürfen.

Der Staat muß sich mit allen rechtsstaatlichen Mitteln gegen seine Feinde zur Wehr setzen, wenn er die Freiheit und Sicherheit der Bürger nicht verspielen will.

■ STEUERREFORM

Unterhaltszahlungen endlich sachgerecht regeln

Die Bundesregierung steht mit der Verfassung des Grundgesetzes auf dem Kriegsfuß, erklärt der Vorsitzende des finanzpolitischen Arbeitskreises der Bundestagsfraktion, Hansjörg Häfele, zum Beschluß des Bundesverfassungsgerichts zur steuerlichen Behandlung der Unterhaltszahlungen von geschiedenen und getrennt lebenden Eltern sowie von Eltern nicht-ehelicher Kinder.

Nach den mehrfach erwiesenen Verfassungsverstößen hat das Bundesverfassungsgericht jetzt auch die als Jahrhundertwerk hochgelobte Steuerreform von 1975 für verfassungswidrig erklärt, soweit für Unterhaltszahlungen von geschiedenen und getrennt lebenden Eltern sowie für Eltern nichtehelicher Kinder überhaupt keine Steuererleichterungen gewährt werden.

Die Bundesregierung hat es trotz der eindringlichen Vorstellungen und Forderungen der CDU/CSU immer wieder abgelehnt, die Steuerreform in diesem Punkte sofort zu korrigieren. Für die CDU/CSU-Fraktion ist der im Steueränderungsgesetz 1977 enthaltene Jahresfreibetrag von 600 DM für unterhaltspflichtige Elternteile nur eine Not- und Übergangslösung. Sie hat in ihrem Steuerentlastungsgesetz 1978 bereits zum Ausdruck gebracht, daß für den Komplex der Unterhaltszahlungen sobald wie möglich eine sachgerechte Lösung gefunden werden muß.

■ ÖFFENTLICHKEITSARBEIT

Neue Veröffentlichungen

Es muß endlich etwas geschehen

So schaffen wir die Arbeitslosigkeit ab



Wir packen das Problem Nr. 1 der deutschen Innenpolitik an: Die CDU hat das Programm für die Wiedererlangung der Vollbeschäftigung. Wir fordern:

- eine konsequente Politik der Sozialen Marktwirtschaft, damit wieder Vertrauen in die Zukunft geschaffen wird,
- die Stärkung der Investitionsfähigkeit der Wirtschaft durch unser Steuerentlastungsprogramm; Produktionskosten, Steuern und Abgaben sind einfach zu hoch,
- eine sparsame Haushaltsführung, damit der Staat durch öffentliche Investitionen mehr Arbeitsplätze schaffen kann,
- ergänzende Maßnahmen: Erziehungsgeld für das erste Lebensjahr des Kindes, Berufsgrundbildungsjahr für eine qualifiziertere Ausbildung, befristete Erweiterung der flexiblen Altersgrenze auf freiwilliger Basis.

Es ist menschlicher und wirtschaftlich vernünftiger, Arbeitsplätze statt Arbeitslosigkeit zu finanzieren.

Der richtige Weg zur Vollbeschäftigung

CDU
sicher
sozial
und frei

Wandzeitung (Siehe Abbildung)

Preis: 6,— DM pro 25 Exemplare

Mindestabnahme: 25 Exemplare

Bestell-Nr. 7770

Regiebuch 5: Kommunalwahlkampf

Neubearbeitung mit Berücksichtigung der Erfahrungen aus den letzten Kommunalwahlkämpfen.

Preis: 17,25 DM pro 25 Exemplare

Mindestabnahme: 25 Exemplare

Bestell-Nr. 4320

In der Serie „Zum Thema“:

Politik für unsere jungen Mitbürger — Aktivitäten der Union

(überarbeiteter, aktualisierter Text)

Bestellungen an das IS-Versandzentrum, 4830

Alle Preise verstehen sich inkl. Verpackungs-

Aus dem Inhalt:

CDU — Partner der Jugend

Arbeitsplätze für unsere Jugend

Für ein leistungsstarkes Jugendhilfegesetz

Schutz der Jugend vor Medieneinflüssen

Für einen leistungsfähigen Bundesjugendplan

Schutz vor Rauschmittel, Alkohol und Drogen

Preis: 23,— DM pro 100 Exemplare

Mindestabnahme: 100 Exemplare

Bestell-Nr. 5489

Gütersloh 1, Postf. 66 66, Telex 933 753 iserv d. und Versandkosten zuzüglich Mehrwertsteuer.

■ PARTEIARBEIT

Ideen — Taten — Aktivitäten in den Ferien

Die Ferienzeit ist da. Während Hunderttausende CDU-Mitglieder und Freunde Urlaub machen, läuft in manchen Verbänden die aktive politische Arbeit weiter.

Über zwei erfolgreiche CDU-Sommeraktionen berichten wir hier.

„Sommer — Freizeit — Ferien '77“

Unter dieser Bezeichnung läuft ein umfangreiches Aktionsprogramm im CDU-Kreisverband Rhein-Sieg-Kreis. In Rheinbach, St. Augustin, Siegburg und Much werden u. a. folgende Aktivitäten geboten:

Wanderungen, Schachturnier, Skattturnier, Fahrten zur Tropfsteinhöhle, Festspiele, Fantasialand usw., Kaffeeklatsch, Museumsbesuch in Köln, Kommen usw., Fahrt ins Blaue, Filmnachmittage, Freiluftfete, Fahrradtour, Schiffsreise usw.

(CDU-Kreisverband Rhein-Sieg-Kreis, Kastanienstraße 5, 5200 Siegburg)

Pannenhilfekurs in Bad Godesberg

Autopannen in den Ferien bringen Ärger. Abhilfe bietet der Pannenhilfekurs vor der Urlaubsfahrt des CDU-Ortsverbandes Heiderhof in Bad Godesberg. Informiert darüber wird in der Presse und durch einen besonderen Bürgerbrief. Teilnehmen kann jeder.

(CDU-Kreisverband Bonn, Baumschulallee 3, 5300 Bonn)

„Politische“ Ferientips

Im Ferienort entstehen neue Bekanntschaften. Es wird diskutiert, argumentiert, politisiert. Dazu einige Hinweise: Wer Gespräche und Kontakte in den Ferien sucht und diese politisch nutzt, erweckt Verständnis für unsere Partei. — Offenes Bekenntnis zur CDU fördert das Gespräch: Benützen Sie in den Ferien CDU-Aufkleber und CDU-Anstecknadel.

Geschenke verbessern die Gesprächsatmosphäre; schenken Sie CDU-Werbemittel, z. B. T-Shirts, Kugelschreiber, Schlüsselanhänger.

Für Spiel und Unterhaltung, auch für Kinder, aus dem CDU-Angebot: CDU-Gummibälle, Luftballons, Skatspiele. — Kinder tragen besonders gern CDU-T-Shirts.

Notieren Sie Namen und Anschrift von CDU-Sympathisanten, die Sie im Urlaub kennenlernen. Eine Postkarte an die CDU-Bundesgeschäftsstelle verschafft diesem Personenkreis Unterlagen über die CDU-Mitgliedschaft.

Auch wenn Sie in den Ferien politisch aktiv sind, vergessen Sie nicht: In den Ferien haben Erholung und Entspannung den Vorrang!

Informationen über Ihre CDU-Aktivitäten erbitten wir wie immer an die:

**CDU-Bundesgeschäftsstelle
Abteilung Öffentlichkeitsarbeit**

**„Ideen — Taten — Aktionen“
Konrad-Adenauer-Haus
5300 Bonn**

UNION BETRIEBS GMBH
5300 BONN
ARGELANDERSTRASSE 173
POSTVERTRIEBSSTÜCK
Z 8398 DX
GEBÜHR BEZAHLT

Bundesfachausschüsse gebildet

Bundesfachausschuß	Vorsitzender	Stellvertreter
Sozialpolitik:	Adolf Müller (Remscheid), MdB	Sozialminister Clausen Albrecht Hasinger, MdB Karl Eigen
Agrarpolitik:	Dr. Burkhard Ritz, MdB	Staatsminister Otto Meyer
Strukturpolitik:	Dr. Dieter Schulte, MdB	Ferdinand Erpenbeck Heinz Hardt, MdL
Sport:	Dr. Wolfgang Schäuble, MdB	Graf Landsberg-Velen Michael Sauer
Jugendpolitik:	Hermann Kroll-Schlüter, MdB	Otto Bernhardt, Regierungsbeauftragter für Jugend und Sport des Landes Schleswig-Holstein Heinrich Sudmann, stellv. Vorsitzender des Deutschen Bundesjugendringes
Entwicklungspolitik:	Dr. Todenhöfer, MdB	Dr. Hoffacker, MdB Dr. Volkmar Köhler, MdB
Kulturpolitik:	Min. Werner Scherer	Anton Pfeifer, Vorsitzender des AK VI der CDU/CSU-Fraktion Bgm. Bernhard Sälzer, bildungspol. Sprecher der CDU Hessen
Energie und Umwelt:	Dr. Heinz Riesenhuber, MdB	Dr. Benno Weimann, MdL Ludwig Gerstein, MdB
Sicherheitspolitik:	Dr. Manfred Wörner, MdB	Minister Dr. Jürgen Westphal
Wirtschaftspolitik:	Elmar Pieroth, MdB	Hermann-Josef Russe, MdB Rita Waschbüsch, MdL
Gesundheitspolitik:	StS Prof. Dr. Fritz Beske	Dr. Hans-Jörg Hoppe
Außenpolitik:	Dr. Marx, MdB	Alois Mertes, MdB Prof. Schwarz

UiD

Union in Deutschland — Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands. **Für den Inhalt verantwortlich:** Heinz Winkler, 5300 Bonn, Konrad-Adenauer-Haus, Telefon 54 41. **Verlag:** Union Betriebs GmbH, 5300 Bonn, Argelanderstraße 173, Telefon 21 80 40. **Verlagsleitung:** Peter Müllenbach, Gerhard Braun. **Bankverbindung:** Sparkasse Bonn, Kto.-Nr. 7504 152, BLZ 380 500 00, Postscheckkonto Köln, Nr. 221431-502, BLZ 370 100 50. **Abonnementspreis** vierteljährlich 9,— DM. **Einzelpreis** 0,75 DM. **Druck:** VVA-Druck, Düsseldorf.